



Georg Zinner

Nachbarschaftshäuser in ihrem Stadtteil

Schriften, Aufsätze, Reden, Interviews
zu Sozialpolitik und Gesellschaft

2., erweiterte Auflage (Digitaledition)

- Teilausgabe:
- [1] Sozial-kulturelle Arbeit
 - [2] Leben im Alter
 - [3] Organisation, Staat und freie Wohlfahrt
 - [4] **Bürgerschaftliches Engagement**
 - [5] Jugendarbeit und Jugendhilfe
 - [6] Inklusion
 - [7] Wer war Georg Zinner?

Dieses Kapitel ist eine Teilausgabe der folgenden Publikation:

Georg Zinner, Nachbarschaftshäuser in ihrem Stadtteil: Schriften, Aufsätze, Reden, Interviews zu Sozialpolitik und Gesellschaft / Hrsg.: Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V.; Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.; Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V. – Berlin: 2. erw. Aufl. (Digitaledition), Januar 2017

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany

Redaktion: Eva Bittner, Gökçen Demirağlı, Jürgen Kipp, Birgit Monteiro, Markus Runge, Herbert Scherer, Stefan Schütz, Rosa Strobl-Zinner, Bianca Thiede, Stephan F. Wagner
Lektorat: Stefan M. Schult de Morais
Titelfoto: Die Hoffotografen

Visuelle Konzeption, Produktion: diálogo®, Berlin
www.dialogo.de



*Die hier veröffentlichten Schriften sowie weitere
Texte Georg Ziners stehen auch online zum Lesen
bereit: www.nbhs.de/georg-zinner/*

Bürgerschaftliches Engagement

<i>Einführung von Stephan F. Wagner</i>	311
1998 Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement im Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V.	313
1999 Es geht um ein Grundrecht!	320
2013 Anhörung im Ausschuss für Bürgerschaftliches Engage- ment des Abgeordnetenhauses von Berlin	328
2013 Gemeinsinn und Eigensinn (Besprechung des Buches „Das Ende der Ego-Gesellschaft“ von Nina Apin)	332

Bürgerschaftliches Engagement

von Stephan F. Wagner

In diesem Band liegen vier Texte von Georg vor, die sich explizit mit dem Thema Ehrenamt auseinandersetzen. Sie umfassen den Zeitraum von 1996 bis zu seinem Tod im Frühjahr 2014. In ihnen ist seine grundsätzlich positive Haltung gegenüber ehrenamtlicher Arbeit in vielfältiger Weise erkennbar. Für ihn war, was man sehr gut am Text aus der Zeitschrift Sozialmanagement aus dem Jahr 1999 erkennen kann, Ehrenamtlichkeit immer auch persönliches Handeln und Gestalten der Bürgerinnen und Bürger, angetrieben von eigenen Bedürfnissen, aber auch von politischem Gestaltungswillen. Die Thesen in diesem Text waren so schon einmal weitgehend 1996 in dem Buch „Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts“, herausgegeben von Ernst Kistler, Heinz-Herbert Noll und Eckhard Priller, veröffentlicht worden, allerdings ohne die lebendigen redaktionellen Erläuterungen, die in dem hier vorliegenden Text enthalten sind.

Georg war, bei allem theoretischen Durchdringen seines Handelns, nie ein Theoretiker, er war der praktischen Sozialarbeit in ihrem täglichen Handeln verpflichtet und beherrschte ihre Werkzeuge vorbildlich. Sehr gut lässt sich das an der genau durchdachten, ja, man kann sagen liebevollen Gestaltung des Leitfadens für ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement für Mitarbeiter des Nachbarschaftsheim Schöneberg ablesen. Wer hier genau liest und dem Text mit dem inneren Ohr zuhört, kann nicht nur das genaue und präzise Wissen über die Bedürfnisse Ehrenamtlicher erkennen, er kann auch sehen, dass bestimmte reflexartige Abwehrbewegungen von Hauptamtlichen Georg sehr bewusst waren und er versucht hat, diese nicht auszublenden, sondern sie bewusst sah und um behutsame Veränderung bemüht war. Dabei hat er in der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung kein Blatt vor den Mund genommen. Seine Prämisse war, nur Organisationen, die gesellschaftlich tief in der Bürgerschaft verankert sind und wirtschaftlich so erfolgreich sind, dass sie nicht auf jeden ökonomischen Krümen

aus dem Brotkorb der Politik angewiesen sind, können auch die Finger in vorhandene Wunden legen und Veränderung bewirken. Sie sind dabei auf die aktive Unterstützung der Bürger angewiesen.

Bürgerbeteiligung und Opposition zu sinnlosem, bürokratischem Handeln waren für Georg Zinner innerer Kern demokratischer Verhältnisse. Diese Positionen prägen die beiden Texte aus dem Jahr 2013: In der Buchbesprechung zu Nina Apins „Das Ende der Ego-Gesellschaft“ spürt man seine Freude und seinen Spaß an einer eigensinnigen, widerständigen, ehrenamtlich aktiven Bürgerschaft. In der dokumentierten Mitschrift des Ausschusses für bürgerschaftliches Engagement des Landes Berlin vom Oktober 2013 erlebt man ihn noch mal in der Auseinandersetzung mit staatlicher Bürokratie. Klar und deutlich benennt er Schwächen und macht auf den humanen menschlichen Kern ehrenamtlicher Arbeit aufmerksam. Sein Beitrag wird geleitet von dem Gedanken, aufzuzeigen, was ist, und nicht Vorträge zu halten, mit denen neue Fördermittel akquiriert werden können.

Diese Geradheit, manchmal auch gepaart mit einer etwas bulligen, auf seine bayerischen Wurzeln verweisenden Knorrigkeit, hat zutiefst seine große Wirkung auf die mit ihm arbeitenden Menschen ausgemacht. Man war sich zu jeder Zeit sicher, dass man mit Georg Zinner sprach und nicht mit einem Amt oder einer Funktion. Die hier vorliegenden Texte zur ehrenamtlichen Arbeit lassen diesen wichtigen Wesenszug von ihm deutlich aufblitzen. Georg, du fehlst uns.

Stephan F. Wagner ist seit 1997 Geschäftsführer der Paritätischen Akademie Berlin und seit Mai 2014 Vorsitzender des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit e. V.

Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement im Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V.

Ein Leitfaden für Mitarbeiter/innen (1998)

Warum ehrenamtliche Mitarbeit?

Das Nachbarschaftsheim Schöneberg bietet Bürgern/-innen in ihrem Stadtteil eine Plattform für gesellschaftliches Engagement, ehrenamtliche (freiwillige) Mitarbeit und Bürgerbeteiligung. Die Förderung des gesundheitlichen und sozialen Wohlbefindens durch Bildung, Kultur, Erziehung, Freizeitgestaltung, Förderung der Selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements sind als Ziele in der Satzung des Vereins festgeschrieben.

Ehrenamtliche Mitarbeiter/innen entwickeln eigene Ideen und bereichern die Arbeit mit ihrem Können und ihren Fähigkeiten. Jede Idee, jede Begabung kann so ihren Platz finden und zum gegenseitigen Nutzen fruchtbar gemacht werden.

Wie finde ich eine/n ehrenamtliche/n Mitarbeiter/in?

Den genauen Bedarf vorher überlegen und entsprechend ausformulieren:

- „Wir suchen einen ehrenamtlichen Mitarbeiter, gerne auch rüstigen Rentner, für leichte Büroarbeiten, Kopierarbeiten, Ablage und Telefondienst.“
- Die genauen Zeiten bzw. den zeitlichen Umfang festlegen, z. B. einmal wöchentlich für zwei bis drei Stunden.
- Ab wann ist das Angebot gültig? Und gegebenenfalls wie lange?
- Wer ist der/die Ansprechpartner/in, wenn sich jemand meldet?
- Den Bereich, Telefon-, Faxnummer und E-Mail-Adresse nicht vergessen!

Das Angebot gelangt so in das Programmheft, das Plakat zum Thema und perspektivisch auch ins Internet. Falls der oder die Richtige gefunden wurde, auch dieses bitte der Öffentlichkeitsarbeit mitteilen, damit das Gesuch gelöscht werden kann.

Wenn in einem Bereich ein spezieller Bedarf bzw. ein konkretes Angebot besteht, schickt bitte eine E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit.

Erfahrungsgemäß gibt es den besten Erfolg mit konkreten Angeboten, die die ehrenamtlichen Tätigkeiten sehr genau beschreiben.

Mögliche Arbeitsgebiete für ehrenamtliche Mitarbeiter/innen

Die Aufstellung soll als Orientierungshilfe dienen und nicht als Stellenangebotsliste benutzt werden. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

- Art der Tätigkeit: Handwerkliche Tätigkeiten: Gartenarbeiten Kita, Familienbildung, Schülerclub Oase, Kinderbetreuung und Beschäftigung: z. B. Vorlesen, Hausaufgabenhilfe, Sprachförderung, Spielen und Vorlesen in der Muttersprache, Aktionen im musisch-künstlerischen Bereich
Bereich: Kindertagesstätten, BT-Schülerclub, Kinder- und Jugendfreizeitheim, Kifrie-Jugend-Etage, Al Nadi, KIDÖB, Theater der Erfahrungen
- Art der Tätigkeit: Ehrenamtliche gesetzliche Betreuung von Personen, die dazu nicht mehr selbst in der Lage sind (mit Schulung)
Bereich: CURA-Betreuungsverein
- Art der Tätigkeit: Betreuung und Begleitung von todkranken und sterbenden Menschen (mit Vorbereitungskurs)
Bereich: Ambulantes Hospiz Schöneberg

- Art der Tätigkeit: Nachbarschaftliche Hilfen: z. B. Einkäufe erledigen, Besuche oder Hilfestellung bei Erledigungen und Ämtergängen, Begleitung bei Ausflügen oder Unternehmungen
Bereich: Sozialstationen, Tagespflege, Seniorentreffpunkt
- Art der Tätigkeit: Unterhaltung, Spaziergänge, Vorlesen usw. für altersverwirrte Frauen
Bereich: Sozialstationen, Tagespflege, Seniorentreffpunkt
- Art der Tätigkeit: Arbeiten im Bereich Verwaltung und Büro
Bereich: KiDÖB, Theater der Erfahrungen, CURA-Betreuungsverein, Kitas, Verwaltung
- Art der Tätigkeit: Angebot von ehrenamtlichen Dienstleistungen: z. B. Beratung, Informationsveranstaltungen, Ausstellungen
Bereich: Selbsthilfetreffpunkt

Wie findet ein/e ehrenamtliche/r Mitarbeiter/in uns?

Anleitung für das Patenschaftsmodell:

Falls sich bei Ihnen jemand meldet, der ein Interesse an einer ehrenamtlichen Tätigkeit hat, so übernehmen Sie für diese/n Bewerber/in eine Patenschaft.

- Schritt 1: Bei einem Erstkontakt notieren Sie sich Telefonnummer und Adresse; erkundigen Sie sich, welche Wünsche und Vorstellungen der Interessent hat.
- Schritt 2: Stellen Sie einen Kontakt zu dem Bereich her, in den der Bewerber passen könnte.
- Schritt 3: Bitten Sie den Ansprechpartner des Arbeitsbereiches zur Kontaktaufnahme mit dem Bewerber. Das Treffen arrangiert der Arbeitsbereich.
- Schritt 4: Wenn der Bewerber in den Arbeitsbereich eingebunden ist, erlischt die Patenschaft für Sie und geht auf den Arbeitsbereich über.

Hat ein Interessent noch keine genauen Vorstellungen, in welcher Art er tätig werden möchte, so bitten Sie ihn, an dem Informationsabend teilzunehmen, der an jedem letzten Mittwoch im Monat um 18.00 Uhr in der Fregestraße 52 stattfindet.

Für die Gestaltung des Informationsabends gelten die gleichen Regeln wie bei einem Erstkontakt. Entscheidend sind die Interessen, Fähigkeiten und vor allem die Wünsche und Vorstellungen der Besucher/innen des Infoabends. Es ist wichtig, etwas über deren Motivationen, eventuelle Vorkenntnisse im Bereich ehrenamtlicher Mitarbeit sowie einen ungefähren Zeitrahmen in Erfahrung zu bringen. Da sich meist nur eine Handvoll Interessenten bei so einem Informationsabend einfindet, ist es durchaus möglich und absolut erwünscht, durch direkte Gespräche etwas über die Anwesenden zu erfahren.

Haben Sie immer ein paar aktuelle Programmhefte dabei, zum Nachschlagen und zum Verteilen. Ein gründliches Studium des Programmheftes ist wichtig, um entscheiden zu können, in welchen Bereich ein Interessierter passen könnte.

Wie geht es weiter?

Das Erstgespräch

Bei einem persönlichen Erstgespräch mit einem potenziellen Ehrenamtlichen sollten Sie Folgendes beachten:

- Überlegen Sie sich vorab Fragen, die Sie dem Interessenten stellen wollen.
- Machen Sie während des Gesprächs Notizen oder erstellen Sie unmittelbar danach ein Gedächtnisprotokoll.
- Wenn möglich, sollte bei dem Erstgespräch auch der zukünftige Ansprechpartner für den Ehrenamtlichen anwesend sein.
- Wird während des Gesprächs deutlich, dass sich die Ideen des Bewerbers in Ihrem Bereich nicht umsetzen lassen, so übernehmen Sie nun die Patenschaft für ihn und vermitteln ihn weiter.

Sind Sie der Ansicht, dass ein Bewerber grundsätzlich nicht für ein Ehrenamt in Frage kommt und trauen Sie sich nicht zu, ein entsprechendes Ablehnungsgespräch selbst zu führen, so können Sie sich an ein Mitglied des Strategischen Arbeitsfeldes Ehrenamt wenden.

Feste Vereinbarungen

- Einigen sie sich gemeinsam auf feste Zeiten, zu denen das ehrenamtliche Angebot stattfindet.
- Überlegen Sie, welche Voraussetzungen notwendig sind. Benötigt der ehrenamtliche Mitarbeiter z. B. einen eigenen Schlüssel? Sind eventuell benötigte Materialien vorhanden und falls nicht, wie können sie organisiert und finanziert werden?
- Vereinbaren Sie Termine für Schulungen, Fortbildungen etc.
- Klären Sie, wer den ehrenamtlichen Mitarbeiter einarbeitet bzw. verbindlicher Ansprechpartner sein wird (Patenschaftsmodell!).
- Auch die Frage, ob und in welcher Höhe eine Kostenerstattung möglich ist, sollte angesprochen werden.

Zehn Goldene Regeln für die Arbeit mit ehrenamtlichen Mitarbeitern:

Die Gewinnung von Ehrenamtlichen geht alle Mitarbeiter/innen an.

Für die Anfrage eines an einem Ehrenamt interessierten Menschen muss sich Zeit genommen werden. Übernehmen Sie eine verbindliche Patenschaft für denjenigen, in der Regel melden sich Interessierte nur einmal.

Bei dem Erstgespräch Vorstellungen und Motivationen in Erfahrung bringen. Zeit einplanen und eine angenehme Atmosphäre schaffen. Das Anliegen des Interessenten zum Mittelpunkt des Gesprächs machen.

Gegenseitiger Respekt ist wichtig, um ein Unterstützungsangebot glaubhaft vermitteln zu können.

Ein realistisches Zeitbudget des Interessierten erfragen. Wahrheitsgemäße Aussagen über den Aufgabenbereich machen.

Der Interessierte hat ein Recht zu erfahren, ob er geeignet ist oder nicht.

Schon beim ersten Treffen einen Termin vereinbaren, an dem der Interessierte erfährt, ob er als Ehrenamtlicher angenommen wird. Falls er abgelehnt wird, müssen die Gründe dafür deutlich benannt werden.

Die zukünftigen Aufgaben des neuen Ehrenamtlichen müssen genau definiert werden.

Unabhängig davon, ob der Ehrenamtliche bereits vorhandene Tätigkeitsbereiche übernimmt oder neue Einsatzbereiche erschließt, es müssen für beide Seiten verbindliche Absprachen getroffen werden.

Die Realisierung einer ehrenamtlichen Tätigkeit hat bessere Chancen, wenn:

- der Inhalt der Tätigkeit auf Eigeninteresse des Ehrenamtlichen beruht,*
- es einen realen Bedarf gibt,*
- das Zeitbudget eingehalten wird,*
- die Verbindlichkeiten klar sind und von beiden Seiten eingehalten werden,*
- die Institution transparent ist.*

Der Ehrenamtliche hat ein Recht auf Beratung und Information.

Zusätzlich zu den Gesprächen und/oder Einführungsseminaren sollte es Ehrenamtlichen ermöglicht werden, regelmäßig an Gruppenbesprechungen teilzunehmen. Auch Fortbildungen, Hospitationen oder Einzelberatungen sollten, soweit möglich, angeboten werden.

Es ist wichtig, die Motivation der ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen zu wahren.

Dazu gehört, dass die Arbeit der Ehrenamtlichen honoriert wird. Es sollte nicht an regelmäßigem Lob und Anerkennung gespart werden. Auch Ehrungen oder Auszeichnungen bei besonderen Anlässen sowie kleine Vergünstigungen, Geschenke etc. tragen zu einer Stabilisierung der ehrenamtlichen Tätigkeit bei.

Eine ehrenamtliche Tätigkeit sollte veränderbar sein.

Es sollte dem ehrenamtlichen Mitarbeiter möglich sein, bei Interesse seinen Aufgabenbereich weiterzuentwickeln.

Ehrenamtliche Mitarbeiter/innen sollten nicht als Konkurrenten/-innen betrachtet werden.

Freiwilliges Engagement soll nicht hauptamtliche Arbeit ersetzen, sondern diese ergänzen und unterstützen.

*

Infoabend

Die Infoabende zum Thema „Ehrenamtliche Mitarbeit im Nachbarschaftsheim Schöneberg“ finden immer am letzten Mittwoch eines Monats um 18.00 Uhr in der Fregestraße 52 statt.

Zentrale Rufnummer und Email

Unter 85 98 66 85 und ehrenamt@nachbarschaftsheim-schoeneberg.de sind verschiedene mit dem Thema vertraute Mitarbeiter/innen im Nachbarschaftsheim zu erreichen.

Programmheft

Hier findet man neben Angeboten für ehrenamtliche Mitarbeit viele andere wichtige Informationen rund ums Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V. und die einzelnen Arbeitsbereiche.

www.nachbarschaftsheim-schoeneberg.de

Es ist geplant, auch im Internet das Thema Ehrenamt zu präsentieren – mit monatlich wechselnden Interviews, Stellengesuchen und Angeboten.

Es geht um ein Grundrecht! (1999)

Freiwilliges Engagement kontrolliert und korrigiert einen bürokratischen und überregulierenden Staat. Und selbst tätig zu werden, ist ein Grundrecht, postuliert Zinner in seiner Erwiderung auf einen Beitrag von Isidor Wallimann.

Daran ist vorab zu erinnern: Jedes Mandat für soziale Arbeit und die dafür erforderlichen finanziellen Mittel werden in einer Demokratie letztlich von „Freiwilligen“ erteilt. Denn die Abgeordneten sind vom Bürger per Wahlakt delegiert und beauftragt, die Gesetze zu machen und ihre Ausführung zu beaufsichtigen. Diese Gewählten sind legitimiert, egal, wie uns ihre Handlungsweise gefällt. Sie sind selbstverständlich unserer Kritik und des Wählers wiederholtem Votum ausgesetzt. Sie sind in unserem Sinne doppelt „Freiwillige“: zumeist Freizeitpolitiker und Laien, also „Unqualifizierte“.

Professionelle Sozialarbeit kann es sich nicht leisten, nicht mit ihnen zu kooperieren. Die gewählten Vertreter eines Volkes sind repräsentativ, sie spiegeln gesellschaftliche Strömungen wider. Sie sind Teil dieser Gesellschaft wie diejenigen auch, die sich freiwillig engagieren, in welchen Betätigungsfeldern auch immer.

Professionelle Sozialarbeit kann es sich auch hier nicht leisten, dieses freiwillige Engagement links liegen zu lassen, es lediglich als „Human-kapital“ zu verwerten, also bestenfalls effektiv einzusetzen. Sie muss vielmehr darum wissen, dass diese Freiwilligen ihre Brücke in die Gesellschaft bilden. Für die freie Wohlfahrtspflege gilt zusätzlich: Das Ehrenamt ist ihr Fundament.

Dass diese einfachen Gedanken nur zu oft vergessen werden, spiegelt in seltener Deutlichkeit der Beitrag von Isidor Wallimann wider, dessen

durchaus nicht satirisch gemeinte Gedankenführung von mir im folgenden eher kommentiert als umfassend beantwortet wird.

Soweit ich zurückdenken kann, wurde freiwillige oder ehrenamtliche Arbeit von der professionellen Sozialarbeit in Frage gestellt. Zunächst war die Begründung fachlicher Natur. Bestimmte Probleme erfordern eben zu ihrer Lösung eine ausgewiesene fachliche Qualifikation. In späteren Jahren, zu den Zeiten der Selbsthilfebewegung und der Diskussion um die „neue Ehrenamtlichkeit“, war die Diskussion offener und zugleich härter geworden. Die Professionellen fürchteten um ihre hauptamtlichen Stellen. Im übrigen völlig unbegründet, soziale Arbeit war und blieb eine Wachstumsbranche.

Natürlich hat es immer den Versuch gegeben, freiwillige soziale Arbeit als kostenreduzierenden Faktor ins Gespräch zu bringen – von allen Seiten, besonders von der Politik. Sie hat auch heute bei der Förderung freiwilliger sozialer Arbeit das Sparen als handlungstreibendes Motiv auf ihre Fahnen geschrieben. Aber muss uns das beeindrucken? In keiner Weise.

In einer Zivilgesellschaft entscheiden zuallererst die Bürger selbst, für was und in welcher Form sie sich engagieren. Der Staat hat die Aufgabe, den dafür notwendigen Freiraum zu sichern, und wenn er dieses Engagement auch noch fördert, umso besser – wenigstens in den meisten Fällen. Niemals und in keiner Gesellschaftsform wird es einem Staat gelingen – wollte er es –, freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement zugunsten Einzelner oder Gruppen dauerhaft zu verhindern. Genauso wenig wie es einem Staat dauerhaft gelingen wird, dieses Engagement ausschließlich in seinem Sinne und für seine Zwecke zu benutzen, also steuernd zu regulieren.

Das gilt auch für Organisationen, die soziales Engagement ausschließlich in ihrem Sinne nutzen möchten. Gerade die letzten drei Jahrzehnte der bundesrepublikanischen Gesellschaft beweisen, dass sich freiwilliges Engagement seine Betätigung sucht: ob in einer Bürgerinitiative für Umweltschutz, in einer Selbsthilfeorganisation, in einer lokalen Bürgervereinigung, in einer Dritte-Welt-Organisation oder in einer Initiative für Flüchtlinge oder Obdachlose. Viele dieser Initiativen oder Vereinigungen

entwickelten sich selbst zu professionellen Dienstleistern. Andere bleiben zeitlich begrenzt und verschwinden wieder, so wie laufend neue entstehen. Also ein prozesshaftes Geschehen, das sich einer Steuerung weitgehend entzieht und das sich auf alle gesellschaftlichen Sektoren bezieht: die Kultur, den Sport, die Politik, den Umweltschutz, den Verkehr, die internationale Solidarität und eben auch auf das breite Spektrum sozialer Arbeit.

In den letzten Jahren hat man manche aufgeregte Diskussion um „Ehrenamtlichkeit“, „Freiwilligkeit“, „bürgerschaftliches Engagement“ beruhigt. Niemandem wurde von Ehrenamtlichen ein Arbeitsplatz weggenommen. Ganz im Gegenteil, die Förderung ehrenamtlichen Engagements wurde als Arbeitsfeld entdeckt und hat neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die freie Wohlfahrtspflege ist dabei, sich darauf zu besinnen, dass moderne Managementmethoden zwar wichtig sind, aber ihre Grundwerte, die sich auch in den Organisationsstrukturen wiederfinden müssen, nicht ersetzt. Sie beginnt, freiwilliges Engagement als prägendes Kennzeichen und als Abgrenzungsfaktor zur nicht gemeinnützigen Sozialarbeit wieder in den Vordergrund zu stellen.

Professionelle Sozialarbeiter haben erfahren, welche zusätzlichen Qualitäten freiwilliges Engagement für ihre Arbeit aufweist, und möchten diese Unterstützung und Beteiligung an ihrer Arbeit nicht mehr missen. Die Selbstorganisation, eine besondere Form freiwilligen Engagements, hat sich ihren Platz erkämpft und ist unter dem Stichwort „Selbsthilfe“ zu einem zentralen Faktor der Gesundheits- und Gesellschaftspolitik geworden.

Dass mehr Bürgerverantwortung nicht zu weniger Sozialstaat, aber zu einer beweglicheren Gesellschaft führt, bestreitet ernsthaft niemand mehr. Eine demokratische Gesellschaft lebt auf die Dauer von der Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung und vom Engagement ihrer Bürger und nicht von der Delegation möglichst vieler Aufgaben an den Staat, der sie dann einer ausführenden Behörde überträgt – mit den hinreichend bekannten Folgen der Bürokratisierung und Reglementierung unseres Alltags und der Vermittlung eines trügerischen Sicherheitsgefühls.

Die Diskussion um freiwilliges Engagement ist aber nicht zu Ende. Heute geht es vor allem darum, sie als bürgerschaftliches Engagement zu verstehen, als Teil eines selbstgestalteten und selbstbestimmten Lebens, verantwortungsvoll und selbstbewusst, als ein demokratisches Prinzip also. Freiwilliges Engagement also nicht als einzusetzendes „Humankapital“ zur Verwertung für den Staat und etablierte Organisationen oder als Lückenbüsser bei fehlendem Geld für die Beschäftigung professioneller Mitarbeiter.

So jedenfalls habe ich mir die Debatte vorgestellt. Aber sie wird von anderer Seite bereichert mit dem Ziel, freiwilliges Engagement in der sozialen Arbeit als teuer, ineffektiv und als unzuverlässig darzustellen.

Die alten Argumente kommen in neuen Kleidern. Dem Verfasser des vorangehenden Beitrags geht es in erster Linie um die Erhaltung und Schaffung professioneller Arbeitsplätze in der sozialen Arbeit, um eine uneingestandene Standespolitik. Mit keinem Wort belegt er, dass der Verzicht auf freiwillige Mitarbeit in der sozialen Arbeit tatsächlich professionelle Arbeitsplätze schaffen würde. Der Appell an die freiwillig Tätigen, doch statt Zeit Geld zur Verfügung zu stellen, damit aus den Spenden Arbeitsstellen geschaffen werden können, ist gegenüber jedem Freiwilligen eine Zumutung. Und ganz nebenher: Wenn auf die Freiwilligen zeitlich kein Verlass sein soll, warum dann beim Spenden? Und wenn dann die Spenden kommen, droht dann nicht die Kürzung von Zuschüssen und Sozialtats?

Die autoritäre und an Autoritäten orientierte Denkweise des Autors findet sich in der Sprache wieder. Für ihn werden Freiwillige „eingesetzt“. Ihre „Einsätze“ sind Teil organisierter „sozialpolitischer Maßnahmen“. Ihre Tätigkeit ist für ihn zumeist „unqualifiziert“, „statushohe Privilegierte“ helfen „statusniedrigen Unterprivilegierten“. Da Freiwillige aus ihrer Tätigkeit auch Nutzen ziehen, sollten sie dafür bezahlen und selbstverständlich auch für ihre „Einsatzkosten“ aufkommen.

Wallimann baut seine Vorstellungen vor dem Hintergrund eines einfachen Weltbildes auf: Der privilegierte Freiwillige, gut betucht und zeitlich flexibel, möge doch bitte durch Verzicht auf sein zeitliches Engagement im Sozialbereich (dem Bereich der „Notwendigkeit“) dazu beitragen, dass

dort Arbeitsstellen geschaffen werden, damit die Arbeitslosigkeit reduziert werden kann. Damit das auch funktioniert, möge der Freiwillige doch bitte stattdessen entsprechend „spenden“. Der Freiwillige darf sich dann aber selbstverständlich noch betätigen. Aber nur im Bereich des „Überschusses“, was immer damit gemeint ist.

Der Autor lebt und denkt in der Vergangenheit: in den Zeiten des obrigkeitlichen Staates, des gehorsamen Bürgers, der Instanzen, die alles zu seinem Besten regeln, und des klassischen Oben und Unten, des Befehlens und des Gehorchens und der schönen Welt, wo Gut und Böse beglückend schön auseinanderzuhalten waren. Wie schön, dass diese Zeiten vorbei sind und die empfohlenen Rezepte ins Leere laufen werden.

Bis jetzt habe ich den naiven Glauben gehabt, dass Dozenten an Sozialarbeiterschulen danach schauen, wo die Stärken der Menschen liegen, wie sie ihre kreativen Potentiale nutzen können, wie ihr Selbstbewusstsein geschult und gestärkt werden kann, und gehofft, dass sie ihre Studentinnen und Studenten entsprechend ausbilden und sicher machen für ihr Berufsleben.

Jetzt sehe ich das wenig selbstbewusste Einfordern von Reglements zum besseren Schutze des Berufsstandes und eine geradezu lächerliche Strategie der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, die selbst bei der Verwirklichung der Ideen des Autors sich nur marginal verringern würde. Noch mehr aber bestürzt mich der geforderte Eingriff in die Freiheit eines jeden Menschen, sich gemeinschaftlich und sozial so zu betätigen, wie er es sich wünscht und vorstellt. Aber Eingriff heißt in der Sozialarbeit ja auch nicht mehr Eingriff, sondern Intervention, das hört sich doch gleich viel besser an! Und vielleicht ist ja auch alles nur ein Missverständnis – da bietet sich ein Diskurs ja geradezu an!

In anderen Zeiten und anderen Systemen wurden die Menschen auch zu „freiwilligen“ Diensten verpflichtet und auch zu „freiwilligen“ Solidaritätsbeiträgen. Ich habe die Botschaft des Autors gut verstanden: Er möchte Hilfe besser organisieren, aber um welchen Preis?

Freiwilliges Engagement braucht Unterstützung

1. Freiwilliges Engagement findet sich in unserer Gesellschaft in vielen Formen: als ehrenamtliche Mitarbeit, als bürgerschaftliches Engagement, in der Politik, der Kultur, im Sport, in der Gemeinde, in der Nachbarschaft, in Wohlfahrtsorganisationen, in Bürgerinitiativen, in lokalen und in überregionalen, ja weltweit vernetzten Organisationen.
2. Freiwilliges Engagement hat verschiedene Motive und Ziele: helfen, verändern, bewegen, gestalten, aktiv sein, Anerkennung finden, Gemeinschaft erleben.
3. Freiwilliges Engagement hat eigene, durch professionelle Arbeit nicht ersetzbare Qualitäten, am ehesten bekannt aus der Selbsthilfe. Die nicht bezahlte Arbeit, das freiwillige Engagement fördert die Lebensqualität einer Gesellschaft genauso wie die bezahlte Arbeit.
4. Freiwilliges Engagement vertraut auf die Fähigkeit der Menschen, ihr Lebensumfeld zu gestalten und entscheidend zu prägen. Freiwilliges Engagement wirkt innovativ und integrativ und ist für eine demokratische Kultur unverzichtbar: Die sich freiwillig Engagierenden sind Stützen der Gesellschaft; sie sind nicht die Untertanen, sondern mündige Staatsbürger.
5. Freiwilliges Engagement kontrolliert und korrigiert einen bürokratischen, überregulierten und überprofessionellen Wohlfahrtsstaat und hat speziell in Deutschland die Aufgabe, den Gedanken der Selbstverantwortung und Selbstorganisation zu befördern, da unser Staat noch immer mit zu vielen Erwartungen konfrontiert ist.
6. Freiwilliges Engagement braucht Förderung, verträgt aber keine Domestizierung. Der Versuch, dieses Engagement als „Sparbüchse“ und Freiwillige als billige Arbeitskräfte zu nutzen, wird scheitern, weil Motivation und Differenziertheit des Engagements dies nicht zulassen. Dem steht nicht entgegen, dass begrenzte Dienstzeiten, wie im Zivildienst, im Freiwilligen Sozialen Jahr akzeptiert werden, vor allem, weil sie sinnvolle Erfahrungen für die weitere Lebensperspektive vermitteln.

7. Freiwilliges Engagement unterliegt nicht der Verfügbarkeit von Organisationen, was diese häufig mit „rückgängigem ehrenamtlichem Engagement“ verwechseln. Freiwilliges Engagement im Sinne von Mitwirken und Mitgestalten erfordert partnerschaftliche und offene Strukturen.

8. Freiwilliges Engagement braucht nicht immer, aber immer öfter professionelles Wohlwollen, Unterstützung und Begleitung. Dies erfordert regionale, örtliche, bürgernahe, allgemein akzeptierte Strukturen. Vorhandene Institutionen müssen sich für freiwilliges Engagement (nicht nur verbal) öffnen und für die Bürger transparent werden. Wo vorhandene Strukturen nicht ausreichen, müssen neue geschaffen werden: am besten durch Verbundsysteme, die Ressourcen bündeln und die notwendige Transparenz herstellen. Diese neuen Strukturen können auch „virtuell“ sein, sie müssen also nicht unbedingt institutionalisiert werden, aber sie müssen den örtlichen und regionalen Bedingungen entsprechen. Nicht oder nur bedingt geeignet sind „Arbeitsämter für ehrenamtliche Mitarbeiter“, die kopflastig und basisfern arbeiten und die bestehenden Strukturen nicht verändern, sondern als Alibi in die Landschaft gestellt werden.

9. Freiwilliges Engagement braucht professionelle Unterstützer für Beratung, fachliche Begleitung und Schulung. Ansprechpartner und aktive Werber für freiwilliges Engagement braucht jede Institution im sozialen Bereich. Diese Ansprechpartner müssen für ihre Aufgaben vorbereitet und ausgebildet werden.

10. Freiwilliges Engagement bedarf der Anerkennung. Die wichtigste Form der Anerkennung ist, freiwilliges Engagement nicht mehr als fünftes Rad am Wagen anzusehen, sondern es als konstitutiv für eine offene, demokratisch organisierte und vom Gestaltungswirken der Bürger getragene Gesellschaft anzuerkennen. Selbstverantwortung und Selbstorganisation leben von der Freiwilligkeit. Sie zu fördern ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe.

11. Freiwilliges Engagement ist kein Ersatzarbeitsplatz für Arbeitslose – alle Versuche, Strukturen zu entwickeln, die „sinnvolle“ Beschäftigung (oder Beschäftigungstherapie?) für Arbeitslose anstelle

von Arbeitsplätzen schaffen sollen, diskreditieren freiwilliges Engagement. Das heißt nicht, dass nicht auch Arbeitslosen mehr Chancen für freiwilliges Engagement geboten werden sollten. Aber Arbeitslosigkeit wird nicht durch Schaffung zusätzlicher „Freiwilligenarbeitsplätze“ bekämpft.

12. Freiwilliges Engagement braucht Öffentlichkeit, seine Vielfalt auch die Bündelung, und seine gesellschaftliche Bedeutung erfordert finanzielle Förderung. Es muss darüber nachgedacht werden, Stiftungen bürgerschaftlichen Engagements zu gründen, die Selbsthilfe, Nachbarschaftshilfen, Erfahrungswissen, soziales Engagement in jeder Form begleiten und fördern, vor allem aber die strukturellen Voraussetzungen verbessern, beispielsweise durch die Schaffung von Bürgerhäusern, Stadtteilzentren, Nachbarschaftsinitiativen. Je mehr Aufgaben auf die freie Wohlfahrtspflege zukommen, desto eher benötigen wir das innovative Potential freiwilligen Engagements! Wohlfahrtsverbände müssen daher in freiwilliges Engagement investieren: in Öffentlichkeitsarbeit und in die Ausbildung, Qualifizierung geeigneter Mitarbeiter.

Aus: SOCIALmanagement 2/99, S. 11–13

Anhörung im Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement des Abgeordnetenhauses von Berlin

2. Sitzung am 14. Oktober 2013, Vorsitz: Martin Beck (Grüne)

*Punkt 2 der Tagesordnung, Besprechung gem. § 21 Abs. 3 GO Abghs, 0001
BuergEn: Handlungsbedarfe zur stärkeren Unterstützung des bürgerschaftli-
chen Engagements in Berlin (auf Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU,
Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion)*

Auszug aus dem Wortprotokoll:

Georg Zinner (Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V.): Vielen Dank für die Einladung. – Sehr geehrte Damen und Herren! Ich spreche für den Verband für sozial-kulturelle Arbeit, den Dachverband der Berliner Stadtteilzentren und Nachbarschaftsheime. Hauptberuflich bin ich Geschäftsführer des Nachbarschaftsheims Schöneberg. Ehrenamtlich bin ich neben dieser Funktion auch noch stellvertretender Vorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes dieser Stadt.

In Berlin gibt es etwa 35 bis 40 Stadtteilzentren, manche ausreichend gefördert, viele schlecht gefördert, manche gar nicht gefördert. Im Koalitionsvertrag steht, dass das System der Stadtteilzentren ausgebaut werden muss, und das hängt auch eng damit zusammen, dass bürgerschaftliches Engagement in dieser Stadt gefördert werden soll. Die Stadtteilzentren haben es in unseren Augen geschafft, so viel Vertrauen bei den Bürgern zu erwerben, dass sie auch gute Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement und für ehrenamtliche Mitarbeit geworden sind, und zwar ganz im Sinne eines Demokratieaspektes – der Mitgestaltung, der Mitbeteiligung, der Mitsprache und der Selbsthilfe. Und da kommt es auch sehr darauf an, dass wir als Stadtteilzentren wissen, dass unsere Bürger in der Stadt sehr viel Potenzial mitbringen und sehr viel Interesse an den Stadtteilen, und dass es darum geht, ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich zu engagieren, gute Bedingungen für sie zu schaffen.

Übrigens sind die Nachbarschaftszentren der Nachkriegszeit von den Amerikanern initiiert worden, gerade mit dem Ziel, in Deutschland eine demokratische Gesellschaft zu entwickeln. Das war ein Teil der Demokratieentwicklung in Deutschland.

Wir sind davon überzeugt, dass bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt das Innovationspotenzial unserer Gesellschaft schlechthin enthalten, das, mehr als wir glauben, von den Bürgern ausgeht, und dass es deswegen auch sehr wichtig ist, Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement nie zu domestizieren, sondern immer nur zu fördern, zu unterstützen und zu begleiten. Das ist für uns ein sehr wichtiger Punkt. Einige wissen vielleicht, dass ich nicht unbedingt ein Freund eines extra Ausschusses für bürgerschaftliches Engagement war. Das hat damit zu tun, dass ich denke, dass sich alle wichtigen Ausschüsse dieses Parlaments mit diesem Thema beschäftigen sollten. Trotzdem wünsche ich Ihnen natürlich jeden Erfolg, und ich hoffe, dass es da auch eine gute Zusammenarbeit geben wird.

Für mich ist ehrenamtliche Mitarbeit und bürgerschaftliches Engagement immer auch eine Glücksproduktion. Menschen kommen zusammen, bilden eine Gemeinschaft, treffen sich, unterstützen sich gegenseitig, verfolgen gemeinsame Anliegen. Das ist ein hohes und auch sehr wertvolles demokratisches Gut, und auf diese Weise gestalten sie die Gesellschaft. Damit das gut funktioniert, brauchen wir – das wurde jetzt schon mehrfach gesagt – viele Gelegenheiten und Anlaufstellen, die verlässlich, dauerhaft und ausreichend finanziert sind. Wir brauchen nicht viele verschiedene Programme. Wir brauchen gute, verlässliche Strukturen. Nachbarschaftszentren sind solche Strukturen, nicht zuletzt auch deswegen, weil sie hervorragende Kooperationspartner für viele andere Institutionen sind und weil sie einen Blick auf die Region haben. Die Bürger interessieren sich nun mal, auch dafür gibt es immer schöne Beispiele in dieser Stadt, für ihre Region, für ihre Nachbarschaft. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement muss begleitet werden, braucht Transparenz, braucht vielleicht auch Schulungen, braucht den Austausch, braucht das Vertrauen, das habe ich anfangs schon gesagt. Ehrenamt ist auch ein scheues Reh. Es muss so betrachtet werden, dass es von A bis Z respektiert wird. Es ist der Bürger, der bestimmt, was er mit seinem Engagement macht. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engage-

ment entziehen sich der Steuerung, auch einer politischen Steuerung. Deswegen ist diese Staatsferne sehr bedeutsam.

Was ich mir wünsche, ist – da komme ich auf die Berliner Verwaltung zu sprechen –, wenn Ehrenamt gefördert und unterstützt wird, dass vergleichbar gefördert und unterstützt wird, egal, ob es beim Bezirksamt angesiedelt ist, beim Verband oder einem kleinen Verein. Dass es also vergleichbare Regelungen gibt, dass es die Verlässlichkeit von Regelungen gibt, dass sie sich nicht während des Jahres oder von Jahr zu Jahr verändern, dass es auch so etwas wie eine Bürokratiefreiheit bei den Regelungen gibt und dass eine Anerkennungskultur von der Verwaltung gefördert und unterstützt wird.

Ich möchte ein paar Beispiele nennen, die unseren Nachbarschaftszentren widerfahren sind. So ist es z. B. so, dass in einem Bescheid auf der einen Seite steht, dass Aufwandsentschädigungen bis zur Höhe von 50 Euro pro Monat förderfähig sind, so die Anlage 1 des Bescheides. Und in der Anlage 8 des Bescheides steht: Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich erbrachte Leistungen sind im Rahmen von Zuwendungen nicht förderfähig. Die Erstattung nachgewiesener Auslagen, z. B. Fahrtkosten, ist möglich. Im Schreiben steht aber, im Bewilligungsbescheid selbst: Fahrtkosten dürfen nicht erstattet werden.

Ich habe Erlebnisse der besonderen Art, nicht nur ich, sondern einige andere Nachbarschaftsheime, die sind so unfassbar, dass Sie sich das nicht vorstellen können. Wir dürfen z. B. Fahrtkosten von der Wohnung zur Einsatzstelle eines Besuchsdienstes nicht abrechnen. Warum? – Weil das unter das Besserstellungsverbot fällt, weil auch Beamte und Angestellte des Berliner öffentlichen Dienstes Fahrtkosten von der Wohnung zur Arbeitsstätte, sprich: Einsatzort, nicht ersetzt bekommen. Sagen Sie mal, muss man sich wirklich auf dieser Ebene mit der Berliner Senatsverwaltung oder mit Berliner Ämtern auseinandersetzen? Das kann doch nicht wahr sein!

Es geht mir darum – das ist meine große Sorge in dieser Stadt –, dass ehrenamtliche Mitarbeit zwar gefördert, aber gleichzeitig auch vereinnahmt wird. Es kann nicht sein, dass im Bewilligungsbescheid steht, dass mit der Person, die eine Aufwandsentschädigung bekommt – höher

als 400 Euro im Jahr insgesamt –, ein Vertrag abgeschlossen werden muss, wobei man vielleicht gar nicht weiß, ob sie zu diesen 400 Euro Aufwandsentschädigung kommt, weil man in der Regel Kostenersatz macht – und dann Tag für Tag schriftlich festgehalten werden muss, was der Ehrenamtliche gemacht hat. Er muss das notieren, und wir als Träger müssen das bestätigen. Das gibt es im Bewilligungsbescheid des Landes Berlin, von Institutionen, die zuständig sind für die Förderung des Ehrenamts.

Meine Bitte ist: Wenn Sie unbedingt Arbeit suchen, dann setzen Sie sich bitte mit dieser Verwaltung auseinander und fragen Sie uns und hören darauf, was wir für Vorschriften haben, die uns mitunter das Ehrenamt verleiden und dazu führen, dass Anträge nicht mehr gestellt werden. Ich habe erst vor zwei Wochen von einer relativ großen Organisation, die sehr ehrenamtlich geprägt ist, gehört, dass sie keinen Antrag mehr stellt. Wir selbst stellen als Nachbarschaftsheim Schöneberg bei einer bestimmten Senatsverwaltung keinen Antrag mehr auf irgendwelche Mittel aus dem Ehrenamt, weil die Regelungen nicht handhabbar sind. Dankeschön!

Gemeinsinn und Eigensinn

Besprechung des Buches „Das Ende der Ego-Gesellschaft“ von Nina Apin. Berlin Verlag, Berlin 2013. ISBN: 978-3-8270-1159-6

Ein Fachbuch ist es nicht. Ein Buch, das manche Fachlektüre zum Thema Ehrenamt in den Schatten stellt, schon. Der Titel ist vielleicht etwas zu reißerisch geraten. Wer weiß denn, ob es die „Ego-Gesellschaft“ überhaupt gibt bzw. gegeben hat, deren Ende Nina Apin in ihrem Buch beschreibt?

Ihre persönliche Entdeckung des Themas selbst vermittelt aber schnell, auf welche Weise „Engagierte unser Land retten“ (Untertitel des Buches): durch eigene Initiative, durch ein Angebot an hoch geforderte Institutionen – hier einer Schule mit einem sehr großen Anteil von Einwandererkindern als Lesepatin zu helfen, der erlebten Freude und des Erfolgs, der den Kindern zuteil wird, und dem Glück, das sie selbst daraus bezieht. Der Autorin Erfahrung des abrupten Endes der Lesepatenschaften an der Schule teilt sie gleichfalls mit vielen anderen Engagierten: den Lehrern, sprich den Hauptamtlichen, ist die Begleitung Ehrenamtlicher zu aufwendig und der erwartete Erfolg nicht unmittelbar genug.

Damit rührt Nina Apin indirekt gleich an ein Grundproblem ehrenamtlichen Engagements. Es braucht Wohlwollen und Begleitung der Institutionen, in denen sie sich engagieren. Keine Neuigkeit an sich. Aber sie hat das in ihren Interviews mit Ehrenamtlichen, mit Verantwortlichen aus Organisationen und Verbänden bestätigt und beschrieben bekommen. Das ist der besondere Reichtum des Buches, dass die Engagierten und Ideenreichen selbst zu Wort kommen, ihre Anliegen unmittelbar beschrieben werden und das breite Spektrum ihrer „Engagementfelder“ dargestellt wird: vom Bürgerbusfahrer über die Kita-Gründerin, den Unterstützern von Bürgerbewegungen bis zum Sterbebegleiter.

Das Buch ist aber vor allem ein Plädoyer für die Freiheit des Engagements und der Freiwilligen. Zwar fordert die Autorin von Staat und Ge-

sellschaft, von Einrichtungen und Verbänden, dass sie freiwilliges Engagement anerkennen und unterstützen, dem Engagement auch nicht im Weg stehen oder es gar bestrafen, etwa dann, wenn geringe Aufwandsentschädigungen auch noch auf Sozialleistungen angerechnet werden. Vor allem aber fordert und erwartet sie – und sieht sich durch ihre Recherchen darin bestätigt –, dass Engagement nur unter freiheitlichen Bedingungen gedeiht und in Institutionen nur in der Partnerschaft zwischen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern gelingen kann.

Weder akzeptiert sie das einfältige Gerede vieler Gewerkschaftsfunktionäre, dass freiwilliges Engagement hauptamtliche Stellen ersetzt, noch das aus Ministerien und aus politischen Parteien zu vernehmende Ziel einer Engagementpolitik zur besseren Ausschöpfung des Ehrenamtpotentials mit dem nicht so direkt ausgesprochenen Ziel, dieses Potential auch noch nach eigenen Prioritäten zu steuern.

Die Autorin freut sich über ihre Erfahrungen, dass die Erfassung und Steuerung des „Ehrenamtssektors“, der Zugriff darauf niemandem gelingt. Nicht den Forschern, nicht der Politik und auch niemandem sonst, der Freiwilligenarbeit „domestizieren“ möchte, denn, so konstatiert sie, „im bürgerlichen Gemeinsinn steckt meist auch eine Portion Eigensinn“ und „das ist es, was Ehrenamtliche von Helfern“ unterscheidet.

Warum ist das Buch so wichtig? „Fachleute“ in der sozialen Arbeit und in Ministerien machen sich Gedanken um die „Qualifizierung des Ehrenamtes“. Der Tag ist zu fürchten, an dem Verordnungen und Vorschriften regeln, wer welches Ehrenamt mit welchen Voraussetzungen ausüben darf! Aus Fachkreisen gibt es Forderungen nach „Ehrenamtsberichten“ und „Ehrenamtsverträglichkeitsprüfungen“ – was immer das auch sein soll. Solche Leute sägen am Fundament einer Demokratie: am selbst gestalteten, freiwilligen, auch Veränderung und Erneuerung einfordern den gesellschaftlichen Engagement.

Schließlich: Die Autorin ist Journalistin und Redakteurin. Das kommt dem Buch sehr zugute. Abwechslungsreich, lesefreundlich, gekonnt geschrieben. Am liebsten würde man es in einem Zuge durchlesen.

Aus: SOZIALwirtschaft 4/2014, S. 41

Georg Zinner (1948–2014) war Bankkaufmann, Diplom-Sozialarbeiter und Diplom-Soziologe. Nach Berufserfahrungen in der behördlichen Sozialarbeit wurde er 1978 Geschäftsführer des Nachbarschaftsheim's Schöneberg, das er in mehr als 35-jähriger Tätigkeit zu einem der größten sozialen Unternehmen in Berlin entwickelte. Gleichzeitig engagierte er sich in den Jahren 1974 bis 1985 als Lehrbeauftragter im Bereich Theorie und Praxis der Sozialarbeit an der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin. Neben dieser Tätigkeit war Georg Zinner ehrenamtlich seit 1979 im Vorstand des Paritätischen Berlin, lange Jahre davon als Vorsitzender. Im Paritätischen Gesamtverband wirkte er zwischen 1987 und 2003 in verschiedenen Funktionen, im Vorstand, im Beirat, in der Paritätischen Akademie. Seit 2001 war er Mitglied im Vorstand des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit, dem Dachverband für Nachbarschafts- und Stadtteilzentren, und übernahm 2005 dessen Vorsitz.